

Leserbriefe

Kriminelles Geldsystem

Zum Artikel „Geldtheorie sucht Anhänger“ (1.6.):

Wenn eine Bank, die einen Kredit von 100 000 Euro zum Marktzinssatz vergibt, nur maximal 3000 Euro selbst haben muss und sich die anderen 97 000 Euro einfach bei der Zentralbank als Billigstkredit leihen kann und damit neues, nicht gedecktes Geld schöpfen kann, dann ist unser Geldsystem noch viel krimineller, als ich bisher dachte. Und wenn unser Staat dann seine Kredite nicht zum Billigstzinssatz bei der Zentralbank aufnimmt, sondern zum viel höheren Marktzinssatz bei den Geschäftsbanken, so ist das Steuergeldveruntreuung im größten Ausmaß. Aber warum wird dieses kriminelle Geldschöpfungs- und Steuergeldveruntreuungssystem nicht verboten? Paul-Gerhard Kanis, Weingarten

Deutliche Stellungnahme

Zum Leitartikel „Noch viel zu lernen“ (29.5.):

Danke für die klare und deutliche Stellungnahme der Autorin zur Integrationsdebatte. Ich war ehrlich gesagt regelrecht baff, solche unmissverständlichen Worte in der Schwäbischen zu diesem Thema vorzufinden. Ich hoffe, dass man künftig öfter von ihr zu lesen bekommt, wir brauchen endlich wieder eine entspanntere Haltung zur Migration, anstatt dieser jahrelangen Hysterie: Ich kann es nicht mehr hören. Jürgen Votteler, Bad Waldsee

Öffentlich vorverurteilt

Zur Diskussion um Uli Hoeneß:

Im Rechtsstaat gilt für jeden, solange er nicht rechtskräftig verurteilt ist, die Unschuldsvermutung - nicht jedoch, wenn es sich um eine prominente Person handelt. Ohne Rücksicht auf Datenschutz oder Steuergerechtigkeit wird dann von ehrgeizigen Staatsanwälten und von den Medien die Treibjagd eröffnet.

Das aktuelle Objekt der medialen Treibjagd ist Uli Hoeneß. Er hat zwar seine zu Hause angefallenen Steuern entrichtet, aber er hat Spekulationsgewinne aus einem Schweizer Zocker-Konto nicht gemeldet. Diesen Fehler hat er durch eine rechtlich zulässige Selbstanzeige zu reparieren versucht. Obwohl er die hinterzogenen Steuern mit sechs Prozent Verzugszinsen und fünf Prozent Aufschlag sofort nachrichtet hat und die Prüfung durch Finanzbehörden und Staatsanwaltschaft noch im Gange ist, wird er öffentlich vorverurteilt. Im Falle Hoeneß ist das besonders beschämend: Er hat ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen mit 300 Beschäftigten geschaffen, hat den Verein Bayern München zum wirtschaftlich solidesten Club Europas entwickelt, er hat viele andere Vereine vor der Insolvenz bewahrt, er hat in seinem sozialen Engagement nicht nur Millionen für wohltätige Stiftungen gespendet, sondern auch zahlreichen Einzelpersonen in Not geholfen. Von der Meute seiner Jäger aus Politik und Medien kann sich keiner mit seiner Lebensleistung messen. Helmut Schön, Ravensburg

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Briefe. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass wir für die Veröffentlichung eine Auswahl treffen und uns auch Kürzungen vorbehalten müssen. Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Beiträge dar. Anonyme Zuschriften können wir nicht veröffentlichen.

Schwäbische Zeitung
Karlstraße 16
88212 Ravensburg
Fax-Nr. 0751 / 295599-1499
Leserbriefe@schwaebische-zeitung.de

Ihre Redaktion



Essay

Der Markt ist leider nicht gerecht

Von Markus A. Will

Sie ist das Symbol für Gerechtigkeit: Justitia, ausgestattet mit Waage und Schwert sowie einer Binde vor den Augen. Seit Jahrhunderten personifiziert sie das Rechtswesen, mit dem Schwert urteilend, ohne Ansehen der Person. In der Antike verkörperte Justitia allerdings vielmehr die ausgleichende Gerechtigkeit, die mithilfe der Waage jedem seinen Teil zukommen ließ. So gedacht gibt Justitia ein sehr gutes Bild für die Gerechtigkeitsserie ab: Stellen wir sie uns als Repräsentantin eines Staates vor, in dem die Interessen der Menschen gerecht ohne Ansehen der Person berücksichtigt werden.

Justitia wirkt bei allen Entscheidungen mit: bei den Steuer- und Sozialhilfesätzen, in der Frage, ob es Studiengebühren geben soll, beim Rentenniveau. Um ihr gerecht zu werden, wird mit finanziellen Mitteln subventioniert, transferiert, strukturiert oder regionalisiert - je nach politischer Gestaltungshöhe. Gerechtigkeit ist auf den ersten Blick eine moralische Norm, aber auf den zweiten Blick eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit.

Eine Sache des Eingriffs

Denn es geht fast immer um die gerechte Verteilung von Ressourcen. Damit sind wir mitten in der Wirtschaft, genauer: in der Marktwirtschaft. Stellen wir uns diese einmal als Marktplatz vor, auf dem Waren gehandelt werden. Bei einem bestimmten Preis geht die ganze Menge weg. So ein Markt(platz) ist äußerst effizient, aber leider nicht immer gerecht!

Was machen wir, wenn sich manche die Waren nicht leisten können? Wir greifen ein, und dies in Form unserer Justitia, die wohlwollend wachend auf dem Marktplatz nach dem Rechten schaut. Wir verbilligen beispielsweise Waren, wir verändern den Marktpreis. Oder wir unterstützen Menschen finanziell, damit sie sich zumindest lebensnotwendige Waren kaufen können.

Podiumsdiskussion zur Zukunft des Euro

Was würde drohen, wenn der Euro zerbricht? Markus A. Will ist ein Verfechter der Gemeinschaftswährung. Am Mittwoch spricht Will bei einer Podiumsdiskussion im Medienhaus von Schwäbisch Media (Karlstraße 16 in Ravensburg) von 10 bis 11.30 Uhr über dieses Szenario. Die Veranstaltung wird von Christoph Plate, dem stellvertretenden Chefredakteur unserer Zeitung moderiert. Der Eintritt ist frei - Karten gibt es am heutigen Dienstag noch am Empfang des Medienhauses. (sz)

Nun ist das mit dem Eingreifen natürlich so eine Sache: Sollte man die Saläre der Topmanager beispielsweise auf zehn Millionen Euro begrenzen? Wären 1000 Euro Grundeinkommen für alle eine Lösung? Müssen Topverdiener relativ gesehen viel höhere Steuern zahlen als Geringverdiener? Und was machen wir mit den Steuersündern? Soll Justitia etwa selbst Uli Hoeneß verurteilen?

Ist es im Übrigen gerecht, sich über Millionengehälter von Managern zu echauffieren, aber die Millionarios in der Bundesliga zu bejubeln? Hätte der Memminger Mario Götze etwa nicht zu den Bayern wechseln dürfen, weil eine Grenze überschritten worden ist? Es geht in beiden Fällen um die gesellschaftliche Akzeptanz eines Marktpreises - ob, wann und warum wir eingreifen.



Aus der effizienten Marktwirtschaft wird eine gerechtere Marktwirtschaft, wenn unser Staat über Parlamente und Gerichte eingreift und auch bestraft. Wir nennen das Soziale Marktwirtschaft. Justitia gewährleistet, dass niemand im übertragenden Sinne durch die Ritzen des Gullys auf dem Marktplatz weggespielt wird. Das ist Gerechtigkeit!

Mit dem „Das“ ist aber noch lange nicht das „Was“ geklärt: Wollen wir mehr für das globale Klima tun oder für die lokale Kultur? Überhaupt: Kultur- oder Wirtschaftsförderung? Wollen wir Menschen bis 70 arbeiten lassen? Ist Steuerhinterziehung ein Kavaliärsdelikt oder eine Haftstrafe wert? Reicht Hartz IV zum Leben? Wollen wir (noch) mehr von den Reichen nehmen. Und ab wann ist man reich? Es sind unsere Grundnormen menschlichen Zusammenlebens, die Gerechtigkeit definieren. Und unsere

Die Schwäbische Zeitung befasst sich in den kommenden Wochen in einer 15-teiligen Serie mit dem Thema Gerechtigkeit. Auftakt war am Samstag, 1. Juni, ein Gespräch mit dem tschechischen Außenminister Karl zu Schwarzenberg über **historische Gerechtigkeit**. Am kommenden Samstag erscheint eine Reportage zum Thema **Armut im Süden**. Ein Online-Dossier finden Sie unter www.schwaebische.de/gerechtigkeit

deutsche Gerechtigkeitsdefinition muss auch noch sprichwörtlich „in die Welt“ passen, dass wir auf dem globalen Markt gerecht und wettbewerbsfähig sind und bleiben. Wettbewerbsfähigkeit und Gerechtigkeit werden in der sozialen Marktwirtschaft miteinander in Beziehung gesetzt.

Gerechtigkeit ist subjektiv

Man erkennt: Gerechtigkeit hat ihren Preis - und damit wären wir beim lieben Geld. Unser Staat braucht finanzielle Mittel, die er sich über Steuern von den Bürgern holt. Was ist hier gerecht? 25 Prozent linear auf alle Einkommen? Oder auf ein Existenzminimum gar keine Steuern zu erheben und dafür oben viel mehr? Sollen Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen gleich besteuert werden?

Wir legen Gerechtigkeit, abgesehen von einigen selbstverständlichen Dingen, mehr oder weniger selber aus. In der Wirtschaft nennen wir das die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Soziale Marktwirtschaft. Die Mehr-oder-weniger-Liste ist beliebig verlängerbar. Die Verteilungsfrage ist am Ende aber immer eine politisch gesellschaftliche Frage, bei der es aber eine ökonomische Abwägung vorzunehmen gilt.

Steuergerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit! Was ist nun gerecht? Wollte man Gerechtigkeit anders umschreiben, ist es am ehesten „Chancengleichheit“. Jeder muss in der Gesellschaft dieselben Chancen haben und dann etwas aus seinen Fähigkeiten machen. Außer Kindern, Alten und Kranken kann sich keiner vollends zurücklehnen und den Staat machen lassen.

Unsere Gesellschaft ist arbeitsteilig organisiert. Der eine macht dieses, der andere jenes, aber (fast) alle müssen irgendetwas arbeiten, um zu leben. Während manche Manager Millionen Euro für ihre Arbeit erhalten, arbeiten andere im selben Unternehmen für einen Bruchteil dieses Geldes. Was ist hier gerecht? Zehnfach, zwanzigmal oder hundertmal mehr als ein normaler Arbeiter?

Ganz nach oben

Ein Beispiel: Ein durchschnittlicher VW-Mitarbeiter kam im vergangenen Jahr auf rund 4000 Euro (pro Monat) plus Top-Gewinnbeteiligung

von 7500 Euro - ein gutes Einkommen. Der VW-Konzern hat über neun Millionen Autos verkauft und 11,5 Milliarden Euro verdient. Sensationell! VW-Chef Martin Winterkorn verdiente dafür 2012 satte 14,6 Millionen Euro und hat dabei auf rund sechs Millionen Euro verzichtet.

Warum verzichtet der Mann auf sechs Millionen Euro, „nur“ weil es gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel ist? Sind 14,6 Millionen Euro akzeptabler, gerechter? Winterkorn ist ein bodenständiger Kerl, kennt die Grenzen des Anstandes, aber der Gerechtigkeitsfrage kommen wir so nicht näher.

Schauen wir uns Martin Winterkorn von einer anderen Seite an: Der Mann kommt aus einfachen Verhältnissen: Flüchtlingsfamilie, Mutter Hausfrau, Vater Arbeiter. Und doch schafft er es nach ganz oben. Solange noch jeder mit Winterkorn'schem Werdegang nach oben kommen kann, geht es gerecht zu. Winterkorn hatte dieselben Chancen wie der steinreiche Milliardär und VW-Patriarch Ferdinand Piëch.

Bildung ist die Basis

Nur Bildung schafft Gerechtigkeit. Schulbildung, Ausbildung und Weiterbildung ermöglichen es, dass jeder nach seinen Fähigkeiten und Wünschen eine faire und gerechte Chance auf den sozialen Aufstieg hat. Der eine will Künstler werden, der andere Ingenieur. Der eine baut Luftschlösser, der andere Windkraftwerke. Solche Jobs werden unterschiedlich bezahlt. Auch das ist gerecht.

Chancengleichheit ist die Antwort auf die Gerechtigkeitsfrage, und Bildung ist die Voraussetzung. Ob diese Identitätsgleichung in unserer heutigen sozialen Marktwirtschaft allerdings noch stimmt, ist eine offene Frage für die Experten dieser Serie. Nur wenn sie weiter gilt, ergeben sich alle anderen abgeleiteten Gerechtigkeitsfragen. Alles andere wäre eine schreiende Ungerechtigkeit.

PS: In Zürich gibt es eine Gerechtigkeitsgasse, die parallel zur Friedensgasse verläuft und zwischen denen ein Gerichtsgebäude liegt. Ohne Gerechtigkeit ist dauerhaft kein Frieden zu haben und Richter urteilen darüber. So dürfen es sich die Zürcher Stadtplaner wohl gedacht haben.

Wirtschaftserklärer

Seit 25 Jahren beschäftigt sich Markus A. Will (Foto: Rasemann) mit der Wirtschaftswelt - als Berater, Dozent und Autor. Sein Ziel: Wirtschaftliche Zusammenhänge einfach und unterhaltend erklären. Dazu hat der Wirtschaftsfachmann und Dozent an der Universität St. Gallen mehrere Bücher, unter anderem auch Wirtschaftsthriller, geschrieben. (sz)



Pressestimmen

Protzen mit Projekten

Die Berliner Zeitung schreibt zu den Wahlversprechen der Union: „Es ist bemerkenswert, dass diese kluge Kanzlerin und ihre Parteistrategen eines immer noch nicht begriffen haben: Das wichtigste Gut haben eines Politikers ist nicht die Zahl seiner Wahlversprechen. Es ist seine Glaubwürdigkeit. Mit diesem Kapital aber geht Angela Merkel sehr fahrlässig um. Zu durchsichtig ist ihr Protzen mit Projekten, die mit ihrer Sparhaushaltspolitik nicht zu finanzieren sind.“

Merkel sammelt Positionen

Auch der Tagesspiegel aus Berlin analysiert die Persönlichkeit der Kanzlerin vor der Bundestagswahl: „Merkel kann Themen von anderen klauen, so viel sie will, von SPD, Grünen, FDP, Übelnehmen bringt denen nichts. Wenn Merkel angegriffen wird, wird sie umso beliebter. Das hat es so noch nicht gegeben. Keine Frage: Der Versuch des Machterhalts ist so legitim wie der des Machterwerbs. Aber legitim ist außerdem, eine klarere Antwort erhalten zu wollen als das Zusammenlesen fast aller auf dem Markt befindlichen Positionen.“

Das neue Meer der Mitte

Zur Reise des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping durch Lateinamerika und die USA schreibt die spanische Zeitung El País:

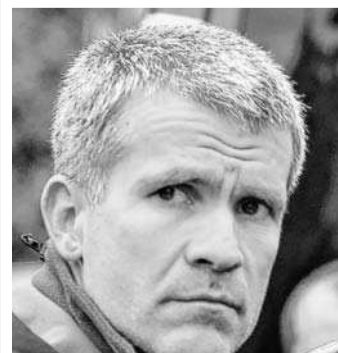
„Die Allianzen zwischen Amerika und Asien verändern die wirtschaftliche Weltkarte. Die Tour des chinesischen Präsidenten Xi Jinping ist Teil des Bestrebens, ein Netz von Handelsbeziehungen zu spannen. Der Pazifik wird zum ‚Mare Nostrum‘ des 21. Jahrhunderts. Er gewinnt die Bedeutung, die das Mittelmeer in der Zeit der alten Römer hatte. (...) Diese Dynamik steht im Kontrast zum stagnierenden Transatlantik-Pakt der EU mit den USA, der von Krisen und Eifersüchteleien beeinträchtigt wird. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Hegemonie verlagert sich in den Raum des Pazifiks.“

Konstanz der Queen

Die Berliner Zeitung Die Welt schreibt anlässlich des Krönungsjubiläums der britischen Königin: „Der 60. Jahrestag der Krönung von Elizabeth II. ist keine eingeweckte Köstlichkeit, außerhalb des zeitgeschichtlichen Umfelds. Im Gegenteil: Beim Blick auf das heutige Großbritannien fällt die Konstanz der Queen besonders ins Auge, inmitten ihres Reichs, in dem die Krisen zunehmen. Tony Blair, Ex-Premier, attackierte in einer aufsehenerregenden Gastkolumne den muslimischen Extremismus: ‚Die Ideologie hinter diesem Mord geht tief und ist gefährlich‘, schrieb Blair. ‚Warum geben wir das nicht zu?‘ Am gleichen Tag wurden neue Bestechungsvorfälle in beiden Häusern des Parlaments ruckbar. Felix Britannia? Das Krönungsjubiläum erinnert die Briten daran, wie sehr sie diese Figur der Einheit an ihrer Staatsspitze benötigen.“

Zitat des Tages

„Wir sind gar nicht in der Lage, alle zehn Jahre unsere Stadt neu aufzubauen.“



Der Bürgermeister der flutgeplagten sächsischen Stadt Grimma, Matthias Berger (Foto: dpa), am Montag zu den beiden „Jahrtausendhochwassern“ 2002 und 2013.